

Erklärung von Buenos Aires zu Information, Dokumentation und Bibliotheken

Von den TeilnehmerInnen des *Ersten Sozialforums Information, Dokumentation und Bibliotheken*, dem alternativen Aktionsprogramm aus Lateinamerika für die Informationsgesellschaft, abgehalten in Buenos Aires vom 26.-28. August 2004, einberufen von der *Sozialen Studiengruppe Bibliothekswissenschaft und Dokumentation* (Grupo de Estudios Sociales en Bibliotecología y Documentación, Argentinien) und dem *Studienkreis Politische und Soziale Bibliotheksarbeit* (Círculo de Estudios sobre Bibliotecología Política y Social, Mexiko):

Wir stellen fest, dass

Information, Wissen, Dokumentation, Archive und Bibliotheken allen gemeinsame kulturelle Güter und Ressourcen sind. Demokratische Werte wie: Freiheit, Gleichheit, soziale Gerechtigkeit sowie Toleranz, Respekt, Fairness, Solidarität, Gemeinschaft, Gesellschaft und Menschenwürde bilden ihre Grundlage und Zielsetzung.

Jedes Dokumentationszentrum ist ein Beitrag zur demokratischen Praxis im sozialen und politischen Raum. Infolgedessen soll der Aufbau und die Organisation der Kulturgüter und Sammlungen nach dem Prinzip des freien, offenen, gleichen und kostenlosen Zugangs zu Wissen und Information für alle erfolgen.

Das sind soziale und politische Faktoren, durch die BibliothekarInnen, DokumentarInnen und ArchivarInnen zur Bildung kultureller und bürgerlicher Identitäten beitragen können, die auf zivilen und sozial verantwortlichen Werten beruhen.

Wir meinen, dass

BibliothekarInnen, DokumentarInnen und ArchivarInnen sich an den sozialen und politischen Prozessen beteiligen müssen, die mit ihren kulturellen Aufgaben, ihrem Arbeitsumfeld und ihrer beruflichen Praxis zu tun haben.

Diese KulturarbeiterInnen sind Vermittler des sozialen Wandels, sie wirken an der Meinungsbildung mit, unterstützen die Demokratisierung von Information und Wissen, sie sind pädagogische Koordinatoren und Akteure in sozialen und politischen Prozessen. Weil die von ihnen geleistete Arbeit von fundamentaler Wichtigkeit ist für Gesellschaft und Staat, müssen sie die volle soziale Anerkennung erhalten ebenso wie ein angemessenes und gerechtes Gehalt, geregelt durch Gesetzgebung in jedem Land.

Professionelle Solidarität und Kooperation, wie Netzworkebildung, sind wertvolle Werkzeuge, die den Austausch von erfolgreichen Erfahrungen unterstützen und die Zielvorstellungen und Herausforderungen in unserer täglichen Arbeit erweitern.

Bibliotheken, Archive und Dokumentationszentren müssen Orte sein, die zu der Entwicklung der Menschenrechte, Bewahrung des kulturellen Gedächtnisses und Wiederentdeckung der mündlichen und geschriebenen Traditionen beitragen, welche die Selbstbestimmung und Souveränität aller Völker absichern.

Bibliotheks- und Informationsdienstleistungen sowie eine unbehinderte Bestandsentwicklung sollten von BibliothekarInnen, DokumentarInnen und ArchivarInnen in enger Zusammenarbeit mit Individuen, Gemeinschaften und Organisationen geplant werden, insbesondere mit den sozial und politisch am wenigsten Begünstigten.

Theorie und Praxis der Bibliothekswissenschaft, Dokumentation und Archivwissenschaft sind beide von den Bedürfnissen her bestimmt, die diese Bereiche in der Gesellschaft erzeugen. Daher sollten der Aufbau und die Praxis dieser Disziplinen und Berufsgruppen die öffentliche Meinungsbildung, kritische Urteils- und freie Entscheidungsfindung unterstützen und aktiv zum Kampf gegen Analphabetismus in allen Formen beitragen, mit dem Ziel der Verbesserung der allgemeinen Lebensbedingungen sowie der Lebensverhältnisse jedes einzelnen Menschen.

Ungeachtet ihrer eigenen neutralen oder engagierten Praxis, ihrer persönlichen Meinung, ihrer gewerkschaftlichen Aktivitäten oder Bürgerbeteiligungen sollten BibliothekarInnen, DokumentarInnen und ArchivarInnen in ihren Kommunen öffentliche Räume für den Austausch von Informationen schaffen und damit die Diskussion von politischen, sozialen, ideologischen und kulturellen Themen anregen - Themen, die mit der offiziellen Politik und den gesellschaftlichen Problemen zu tun haben.

Information, Wissen, Dokumentation und Bibliotheken sind öffentliche Güter, die nicht durch Marktgesetze bestimmt oder kontrolliert werden sollten, sondern durch allgemeine Entwicklungspolitik, Gemeinwohl und die Verteidigung des kulturellen Erbes, mit dem Ziel, das öffentliche Eigentum, Vielfalt, Pluralität und Gleichheit in allen Bevölkerungsgruppen zu sichern.

Um die lateinamerikanische und karibische Realität in den globalen beruflichen Diskurs der Informations- und Dokumentationszentren, Bibliotheken und Archive einzubringen, bedarf es der Verwendung der Nationalsprachen als Mittel der Kommunikation. Auch erfordert die Wahrnehmung der indigenen Sprachen als einer sozialen und politischen Realität in zahlreichen lateinamerikanischen Ländern und der Karibik, sie als Quelle mündlicher und schriftlicher Zeugnisse anzuerkennen, die wichtig sind für den Erhalt dieser Sprachen.

Frieden ist eine notwendige Garantie und Voraussetzung für den Erhalt und die Entwicklung von Informations- und Wissensspeichern. In Übereinstimmung mit dieser Idee, verdammen wir nachdrücklich Kriege und alle Formen von Gewalt, welche die menschliche Spezies und ihr kulturelles Erbe vernichten. Die nachhaltige Förderung des Friedens und der dafür notwendigen Bewegung sollte eine soziale Verpflichtung für BibliothekarInnen, DokumentarInnen und ArchivarInnen sein, an ihren Arbeitsstätten und in der kulturellen, sozialen und politischen Sphäre, in der sie sich als BürgerInnen bewegen.

Um ihre Serviceleistungen Minderheiten und sozial Schwachen anzubieten, ist es notwendig, alle Formen der Diskriminierung in Informations-, Dokumentations- und Bibliothekssystemen zu beseitigen: nach Geschlecht, Rasse, Ethnie, Ideologie, ökonomischem Status, sozialer Schicht, Behinderungen, Migration, sexueller Orientierung Religion und Sprache.

Die schwerwiegende ökologische Verschlechterung unseres Planeten beeinflusst das Leben generell und, in seiner Konsequenz, das Wohlergehen und die Lebensqualität der menschlichen Spezies. Wir halten es für unerlässlich, dass BibliothekarInnen und InformationsspezialistInnen auf Umweltprobleme mit der Entwicklung, Organisation und Verbreitung von Informationen über die Umwelt reagieren.

Wir erklären, dass die faire und gerechte Verteilung öffentlicher Dokumente, Kulturgüter und Sammlungen wesentliche Voraussetzung für die Verwirklichung des Rechts auf freien Informationszugang ist.

Wir laden alle dazu ein, an der Realisierung der Grundsätze und Vorschläge dieser Erklärung mitzuwirken.

Aus Lateinamerika und der Karibik an die Informationsgesellschaft.

Buenos Aires, 28. August 2004

Übers. (nach d. engl. Übersetzung von Dana Lubow)
von Frauke Mahrt-Thomsen / Arbeitskreis Kritischer BibliothekarInnen